



BESTE LEHRKRÄFTE FÜR WELTBESTE BILDUNG IN BAYERN

„Lehrer sollen für die Schüler und nicht für einen Dienstherrn arbeiten“

Die Arbeit von Lehrkräften verdient mehr Beachtung. Bekannte Bildungsforscher, wie der neuseeländische Pädagoge John Hattie, weisen nicht ohne Grund auf den großen Effekt, den Lehrpersonen auf den Lernerfolg von Schülerinnen und Schülern haben, hin. Denn ein inspirierendes Vorbild ist wichtiger als die beste Lernmethode. Unser Schulsystem betrachtet Lehrkräfte jedoch weniger als Individuen mit Stärken und Schwächen, sondern reduziert sie vor allem auf ihre Examensnote. Diese ist das entscheidende Merkmal zur Besetzung von Lehrerstellen.

Verbeamtete Lehrkräfte werden gerne erst einmal als Verfügungsmasse übers Land verschoben, um weniger beliebte Schulen versorgen zu können. Statt die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung an Schulen mit Handlungsbedarf zu verbessern, soll der Einstieg ins Beamtenverhältnis ausreichend locken. Die eigenen Wünsche von Lehrkräften sind in der Regel zweitrangig – die von einzelnen Schulen oft ebenfalls. Das bisherige Verteilungssystem ist vorrangig geprägt von sozialen und familiären Faktoren – erst dann kommt die fachliche Voraussetzung und die Motivation. Das führt immer wieder zu Problemen und Petitionen. An manchen Schulen häufen sich Versetzungsanträge, andere haben Probleme, Personal mit besonderen Eigenschaften z.B. für Schulversuche zu bekommen.

Die Laufbahn von Lehrkräften ist in der Regel durch die Beschränkungen des Beamtenrechts stark vorgezeichnet. Der Einstieg ins Lehramt und den Vorbereitungsdienst erfolgt grundsätzlich nur über den Weg des Staatsexamens. Junge Menschen, die sich also nach dem Abitur zum Lehramtsstudium entscheiden, stoßen auf ein wenig flexibles System. Die unterschiedlichen Studienabbruchquoten sind regelmäßig Gegenstand politischer Diskussion und Interpretation. Lediglich für das Lehramt an beruflichen Schulen gibt es mittlerweile ein Bachelor/Master-System, das einen leichteren Ein- und Ausstieg im Studienverlauf ermöglicht.

Weiter spielt es eine große Rolle für die Anstellungschancen, in welchem Jahr, in welcher Schulart und in welcher Fächerkombination Lehrkräfte ihren Abschluss machen. Der sogenannte „Schweinezyklus“ und die Verbeamtung nach wenigen Jahren sorgen dafür, dass in manchen Jahren herausragende Absolventen keine Anstellung finden und auf Wartelisten landen, während andere selbst mit schlechtmöglichstem Examen bald in den Genuss einer Lebenszeitverbeamtung kommen. Das über die Auswahl rein nach Examensnoten hochgehaltene System soll zwar auf dem Papier Leistungsgerechtigkeit liefern, in der Praxis führt es so aber allzu oft zu schreienden Ungerechtigkeiten. Noch ungerechter erscheint die Vergütung von angestellten Lehrkräften, die laut wissenschaftlicher Berechnung trotz geringerer Arbeitsplatzsicherheit über die Lebenszeit mehrere hunderttausend Euro weniger verdienen.

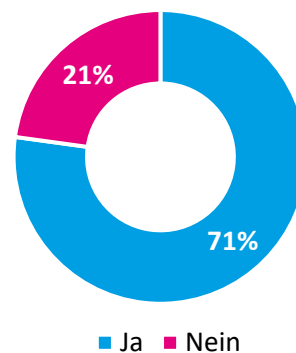
In der späteren Lehrerlaufbahn haben es motivierte Lehrkräfte wiederum erst einmal schwer, für ihre Leistungen Anerkennung zu bekommen und schneller aufzusteigen. Theoretisch gibt es zwar ein System dienstlicher Beurteilungen, das die Möglichkeit zu Leistungsanreizen böte. Praktisch ist

es für einen Schulleiter allerdings beamtenrechtlich schwer, eine anfangs gute Beurteilung später wieder herunterzustufen. Deshalb werden neue Lehrkräfte zu Beginn einer Laufbahn fast ausschließlich durchschnittlich bewertet, wie die Statistiken eindrucksvoll beweisen. Auch Leistungsprämien können aufgrund der geringen Mittelausstattung kaum in relevantem Ausmaß vergeben werden. Wenn eine Schule jedoch Leistung erst einmal nur mittelmäßig würdigt, braucht man sich nicht wundern, wenn selbst hochmotivierte Lehrkräfte irgendwann nur noch bereit sind, auf mittelmäßigem Niveau zu liefern. Leistung muss sich lohnen, für uns Liberale ist das eine Selbstverständlichkeit, die auch an Schulen gelten muss.

Deshalb fordert die FDP-Landtagsfraktion:

- Aufstiegchancen** und die **leistungsbezogene Bezahlung** von Lehrkräften müssen deutlich ausgebaut werden. Wir wollen dazu Möglichkeiten im verfassungs- und beamtenrechtlichen Rahmen maximal ausschöpfen. Dazu werden wir die in der letzten Regierungsbeteiligung der FDP angestoßene Änderung des Beamtenrechts in Bayern evaluieren, um darauf aufbauende Verbesserungen als Gesetzentwurf einzubringen. Leistungsunterschiede sollen schneller und unkomplizierter gewürdigt werden können, erfolgreich umgesetzte Fortbildungen ebenfalls. Das Schulforum soll dafür zukünftig entscheiden können, ob es am Jahresende einheitliche Einmalzahlungen oder eine an andere Faktoren geknüpfte, variable Gehaltskomponente geben soll. Die Haushaltsmittel für Leistungsprämien wollen wir darüber hinaus mehr als verzehnfachen. In Tarifverhandlungen soll der Freistaat darauf drängen, den potenziell variablen Gehaltsanteil weiter zu erhöhen und möglichst weit an vergleichbare Berufe in anderen Bereichen der Gesellschaft anzugleichen.

Umfrage zur Bezahlung von Lehrkräften
 „Sollten bei der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern auch die persönliche Leistung berücksichtigt werden?“



Quelle: dimap-Bevölkerungsbefragung im Auftrag der FDP-Fraktion, Dezember 2021 (n=1506)

- Generell sollen **Anstellungen im Angestelltenverhältnis attraktiver** und in der Regel mindestens gleichwertig zu Beamtenstellen gestaltet werden. Im Rahmen des Personalbudgets sollen die Schulleitungen die zusätzlichen verfügbaren Mittel auch zu individuellen Verträgen einsetzen können, deren Brutto- und Netto-Entlohnung über der eines Beamten liegt, um die höhere Flexibilität auszugleichen. Angestellte Lehrer sollen grundsätzlich auch eine „betriebliche“ Altersvorsorge enthalten, die sich in der Höhe an die Pensionen von Beamten annähert sowie einen Bonus für eine private Zusatz-Krankenversicherung. Der Anteil unbefristet angestellter Lehrkräfte von aktuell beispielsweise nur 1,5% an Grund- und Mittelschulen soll deutlich gesteigert werden. Dazu soll es zusätzliche Anreize zum Wechsel ins Angestelltenverhältnis geben und neue Lehrkräfte grundsätzlich nicht mehr verbeamtet werden. Langfristig prüfen wir auch, inwieweit eine Änderung von Art. 133 (2) der Bayerischen Verfassung sinnvoll ist.

Anteil der Lehrkräfte an Grund- & Mittelschulen nach Beschäftigungsverhältnis

Beschäftigungsverhältnis	Anteil
Verbeamtet	87,2%
Lehramtsanwärter	7,3%
Unbefristet angestellt	1,5%
Befristet angestellt	4,0%

Quelle: StMUK auf Anfrage der FDP-Fraktion

- Darüber hinaus wollen wir **Direktbewerbungen** und **schulbezogene Stellenausschreibungen** zur Regel machen und den Schulen bei ihren Angestellten die Freiheit lassen, eigene Auswahlkriterien neben der Examensnote entscheiden zu lassen. Auch die Vorgaben bei der Besetzung von Beamtenstellen wollen wir rechtlich soweit als möglich lockern und dazu auch entsprechende Landtagsbeschlüsse überarbeiten. Denn letztlich ist für ein erfolgreiches Team oft die Frage entscheidender, ob eine Bewerberin zur Schule, den Schülern und dem Kollegium passt und Motivation mitbringt, als ob die Nachkommastelle beim Examen passt. Ebenso erhalten Schulen über die Budget-Freiheit die Möglichkeit, selbst zu entscheiden, ob sie lieber ein gut bezahltes, kleineres Kollegium oder mehr regulär bezahlte Lehrkräfte und kleinere Klassen oder auch verstärkt pädagogische Assistenzen bei normalen Klassengrößen einsetzen möchten. Wir sind davon überzeugt, dass es sich lohnt, in das **Personalmanagement vor Ort** zu investieren und im Gegenzug bisher dafür zuständige Stellen in den Mittelbehörden und Schulämtern zu reduzieren. Für die Übergangsphase und in Zukunft sollen außerdem verstärkt Führungfortbildungen angeboten werden.
- Für mehr **Laufbahnfreiheit** wollen wir die Wege in den Lehrerberuf hinein und auch aus diesem wieder heraus stärken. Dazu streben wir eine **Studienreform hin zu einem Bachelor-Master-System** an. Es soll dabei sowohl die Möglichkeit des Einstiegs nach einem Fachbachelor in einen Pädagogik-Master geben, als auch Lehramtsstudiengänge, die mit einem schulartübergreifenden Pädagogik-Bachelor beginnen und später eine Vertiefung in Fächer und Schulformen im Master ermöglichen. Generell wollen wir in den Pädagogikstudiengängen schon die Praxisphasen intensivieren, um zukünftigen Lehrkräften schon früher die Möglichkeit zur Vergewisserung und Orientierung zu geben. In einem Modellversuch wollen wir außerdem eine **duale Lehrerausbildung erproben**. Das erste Staatsexamen als Voraussetzung für den Vorbereitungsdienst halten wir nach dieser Reform, wie in anderen Bundesländern, für verzichtbar und wollen dessen Abschaffung prüfen. Für Lehrkräfte ohne Perspektive im aktuellen System wollen wir aktiv unterstützen und andere Karrierewege anbieten. Außerdem wollen wir auch die Möglichkeiten für den **Seiten- und Quereinstieg mit umfassender pädagogischer Fortbildung** erleichtern und orientieren uns dabei an den Erfahrungen mit der einjährigen pädagogischen Ausbildung von Fachlehrern an beruflichen Schulen. Denn ein gutes Lehrerkollegium zeichnet sich durch Vielfalt und Motivation aus